ür die Freie Stadt Danzig

98r. 59	Ausgegeben Danzig, den 26. August 1936
Tag	egungen vewilligen, Eine joldhe Wentingung josh jedelzeit zuruckgenommen werden, aud ties der Bewilligung nicht vorbehalten worden pa din B
15. 8. 1936	Berordnung über die Verbuchung des Warenausgangs (Warenausgangsverordnung) 32
15. 8. 1936	Berordnung zur Abänderung der Berordnung zur Durchführung des Körperichaftsteuergesetstes und der Berordnung zur Durchführung des Vermögensteuergesets
17. 8. 1936	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Ersten Abkommens zur Vereinheitlichung des Luft- privatrechts (Ratifikation durch Ungarn)
18. 8. 1936	
20. 8. 1936	Berordnung zur Vereinsachung und Beschleunigung der Kentenfeststellung, des Heilversahrens und der Beitreibung von Beitragsrückständen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz
25. 8. 1936	
Annual Services	

139

Berordnung houle de not minoce

über die Verbuchung des Warenausgangs. (Warenausgangsverordnung.) Wom 15. August 1936.

Auf Grund des § 5 des Steuergrundgesekes wird verordnet:

- the Residence and Decorpoint the Orectant bea Reported at the Becorning (1) Großhändler (Absat 2) sind verpflichtet, für steuerliche Zwede den Warenausgang (Absätze 3 und 4) zu verbuchen.
- (2) Großhändler im Sinn dieser Verordnung sind biejenigen gewerblichen Unternehmer, die an andere gewerbliche Unternehmer Waren zur gewerblichen Weiterveräußerung liefern.
- (3) Waren, die ein Großhändler an einen anderen gewerblichen Unternehmer zur gewerblichen Weiterveräußerung liefert, mussen als Warenausgänge verbucht werden, wenn die Lieferung erfolgt:
 - 1. auf Rechnung (auf Ziel, auf Kredit, auf Abrechnung, auf Gegenrechnung), durch Tausch oder unentgeltlich ober
 - 2. gegen Zahlung (gegen bar, gegen Rasse), wenn eine ber folgenden Boraussehungen gegeben ift:
 - a) der Großhändler gewährt dem Erwerber einen Breisnachlaß (Zwischenrabatt, Rabatt für Weiterverarbeiter) oder einen Preis, der niedriger ist als der Preis für Verbraucher;
 - b) der Großhändler überbringt oder übersendet die Ware dem Erwerber in dessen Betrieb (Geschäftsraum, Lagerraum, Werkstatt ober sonstige Betriebsstätte). Der Überbringung oder Übersendung in den Betrieb des Erwerbers steht es gleich, wenn der Großhändler die Ware aus seinem Betrieb hinausbringt oder hinaussendet und der Erwerber die Ware außerhalb seiner Betriebsstätte von dem Großhandler erwirbt.
- (4) Die Verbuchung des Warenausgangs ist vorzunehmen, einerlei ob
 - 1. die zur Weiterveräußerung bestimmten Waren beim Erwerber unverändert bleiben oder bearbeitet oder verarbeitet werden;
- 2. der Erwerber Eigentümer oder unmittelbarer Besiger der Maren wird oder ob er an den Waren weder Eigentum noch unmittelbaren Besith erlangt;
 - 3. der Erwerber die Waren auf eigene ober auf fremde Rechnung erwirbt.
- (5). Bei der Verbuchung des Warenausgangs sind für jeden Posten der im Absat 3 bezeichneten Waren die folgenden Angaben zu machen:
- 1. Tag, an dem der Großhändler den Warenposten an den Erwerber liefert;
- 2. Name (Firma) und Anschrift des Erwerbers;
- 3. Art des Warenpostens (handelsübliche Bezeichnung). Sammelbezeichnung (zum Beispiel: Ro-Ionialwaren, Rurzwaren, Gisenwaren) genügt;
 - 4. Preis des Warenpostens;
 - 5. Menge ober Gewicht der Ware.

- (6) Der Großhändler hat über jeden Warenposten, der als Warenausgang zu verbuchen ist, dem Erwerber einen Beleg (zum Beispiel eine Rechnung, eine Quittung, einen Kassenzettel oder einen Liefersschein) zu erteilen. Der Beleg muß die im Absach 5 bezeichneten Angaben und den Namen (die Firma) und die Anschrift des Großhändlers enthalten.
- (7) Die Berbuchung des Warenausgangs und die Erteilung des Belegs haben spätestens bei Lieferung der Ware zu erfolgen.
 - (8) Die Buchungen über den Warenausgang sind zehn Jahre lang aufzubewahren.
- (9) Das Steueramt kann unter Abweichung von den Absätzen 1 bis 8 für einzelne Fälle Erleichsterungen bewilligen. Eine solche Bewilligung kann jederzeit zurückgenommen werden, auch wenn das bei der Bewilligung nicht vorbehalten worden ist.
- (10) Zuwiderhandlungen gegen diese Berordnung sind nach § 383 des Steuergrundgesetes strafbar, wenn nicht nach anderen Vorschriften (zum Beispiel nach § 366 oder nach § 372 des Steuergrundgesetes) eine schwerere Strafe verwirft ist. Außerdem findet, wenn dieser Berordnung zuwidergehandelt worden ist, Schähung nach § 206 des Steuergrundgesetes statt.
 - (11) Sonstige Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten bleiben unberührt.

8 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1936 in Kraft.

Danzig, den 15. August 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzige

F. Fz. S. 6112

Greifer Dr. Soppenrath

140

Berorbnung and and a sed dans tulk

jur Abanderung der Berordnung zur Durchführung des Körperichaftsteuergesetes und der Berordnung zur Durchführung des Bermögensteuergesetes.

Vom 15. August 1936.

Auf Grund des § 5 des Steuergrundgesetes in der Fassung des Steueranpassungsgesetes vom 27. Dezember 1934 (G. Bl. S. 869) wird folgendes bestimmt:

Weiterveräußerung liefert, nüllen als Ware foffftyn erbucht werden, wenn die Bieferung erfolgt

Die Berordnung zur Durchführung des Körperschaftssteuergesetzes vom 25. März 1935 (G. Bl. S. 483) wird wie folgt geändert:

I. § 7 wird wie folgt geändert: neigen name radramen mad kalingen raldungsburd rad (s

Der bisherige Wortlaut erhält die Bezeichnung "(1)". roda (rotiodingsareliselle

Dahinter werden folgende Absätze (2) und (3) eingefügt:

- (2) Zum eigentlichen Sparverkehr im Sinne des Abs. 1 gehören insbesondere:
- 1. die Annahme und die Auszahlung von Spareinlagen,
 - 2. die Berwahrung und Berwaltung von Wertpapieren und anderen Wertgegenständen,
 - 3. die Vermietung von Sicherheitsfächern,
- 4. der Kontokorrentverkehr, sofern er jedoch mit Krediteinräumung verbunden ist, nur unter den Boraussekungen der Nr. 7,
 - 5. die Einlösung fälliger Bins= und Gewinnanteile,
 - 6. der Ein= und Auszahlungsverkehr für fremde Rechnung (Giro= und Schedverkehr),
 - 7. die Anlegung der Sparkassenbestände. Hierzu gehört die Einräumung von Bersonalkredit an den Mittelstand (Mittelstandskredit, s. § 7 a), soweit
- a) der Kredit durch Sicherungshypothek, Grundschuld, durch Faustpfand, durch eine oder mehrere Bürgschaften oder durch Dreimonatswechsel mit einem oder mehreren anderen wechselmäßig Haftenden nach den Bestimmungen des § 7 a gesichert ist, oder
- b) der Gesamtbetrag der ungesicherten Arediteinräumungen 5 vom Hundert der im Depositens, Giros und Kontokorrentverkehr bei der Sparkasse vorhandenen Gutshaben nicht übersteigt.
 - (3) Zum eigentlichen Sparverkehr gehören insbesondere nicht: Naunemill and albaid
 - 1. der Ankauf von Wertpapieren ohne sofortige Barzahlung,
 - 2. der Berkauf von Wertpapieren ohne sofortige Sinterlegung, die das gall volles

- 3. die Einräumung von Personalkredit, soweit die in Abs. 2 Nr. 7 bezeichneten Boraus= sekungen nicht gegeben sind,
- 4. Geldgeschäfte spekulativen Charakters.

II. Hinter § 7 wird folgender § 7a eingefügt: and earlier lineadig noffine is a destable of the

§ 7 a

- (1) Ein von öffentlichen ober unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen an den Mittelstand eingeräumter Personalkredit (Mittelstandskredit) gilt nur dann als gesichert im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a), wenn er unter Beachtung der Vorschriften der Absätze 2 dis 5 gewährt wird.
 - (2) Darlehen gegen Sicherungshnpothek ober Grundschuld

Darlehen können gegen Bestellung von Sicherungshypotheken oder Grundschulden gewährt werden, die den für Sparkassen im Realkreditgeschäfte allgemein geltenden Grundsähen entsprechen.

- (3) Darlehen gegen Verpfändung von beweglichen Sachen und Rechten Darlehen, die jederzeit zuruckgefordert werden können, sind zulässig gegen Verpfändung
- a) beweglicher Pfänder (Lombardgeschäft) nach den für die Bank von Danzig gemäß Jiffer 5 e des Notenprivilegs 1935 (G. Bl. 1935 S. 943) geltenden Bestimmungen. Außerdem sind die Schuldverschreibungen der Freien Stadt Danzig, der inländischen Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlicherechtlichen Körperschaften sämtlich bis zu 80 vom Hundert ihres Kurswerts beleihungsfähig. Eine Beleihung von Aktien darf nur nach den vom Senat der Freien Stadt Danzig erlassenen Bestimmungen, aber nur dis zu drei Vierteln des nach diesen jeweils geltenden Beleihungssatzes erfolgen. Sinkt der Kurs, so ist das Pfand entsprechend zu ergänzen;
 - b) von Sparbüchern Danziger öffentlicher Sparkassen, einschließlich der eigenen, bis zur Höhe des eingezahlten Betrages. Das Darlehen darf nicht ausgezahlt werden, bevor die Sparkasse, die das Sparbuch ausgestellt hat, durch den Einleger von der Verpfändung benachrichtigt ist und hiervon unter Bestätigung der Richtigkeit des Sparguthabens Mitzteilung gemacht hat. Sparbücher über 20 000 G dürsen nur beliehen werden, wenn der Vorstand der Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat, die Ordnungsmäßigkeit der Einzlage bescheinigt;
 - c) von Hopothekenforderungen, Grundschulden und Rentenschulden, die den für Sparkassen im Realkreditgeschäft allgemein geltenden Grundsätzen entsprechen;
- d) von Forderungen aus Lebensversicherungen von den im Gebiet der Freien Stadt Danzig zugelassenen Gesellschaften, jedoch nur bis zu 80 vom Hundert des jeweiligen Rückausse wertes:
- e) von Wechseln, die den Voraussetzungen der Ziff. 5 Abs. b entsprechen (Wechsellombard);
- f) von anderen Forderungen, deren Sicherung den Vorschriften der Ziff. 2 bis 5 entspricht. bis zu 90 vom Hundert des Nennwertes;
 - g) von Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, die im Inlande lagern und nicht dem Berderben unterliegen, dis zu 50 vom Hundert des von einem vereidigten Sachverständigen der Industrie- und Handelskammer festgestellten jeweilige Handelswertes.
 - (4) Darlehen gegen Bürgichaft

Darlehen gegen Schuldschein können auf höchstens 6 Monate ober als Tilgungsbarlehen auf längere Zeit, jedoch mit dem Borbehalt einer jederzeit zulässigen Kündigung von 14 Tagen, gewährt werden, wenn eine oder mehrere sichere Personen für Kapital, Zinsen und Kosten als Selbstschuldner bürgen oder mithaften.

- (5) Darlehen gegen Wechsell mann get mass
 - a) Darlehen gegen Wechsel dürfen nur gewährt werden, wenn neben dem Darlehnsnehmer noch eine oder mehrere sichere Personen wechselmäßig haften. Der Wechsel muß auf die Sparkasse (als Remittenten oder Indossator) sauten und spätestens 3 Monate nach dem Datum der Ausstellung zahlbar gestellt sein.
 - b) Kredite durch Diskontierung von Wechseln dürfen nur gewährt werden, wenn die Wechsel im Inlande zahlbar und innerhalb von 3 Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichkt drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen.

(6) Ungeficherte Kredite

Bersonalfredite, die nicht nach den Borschriften der Abs. 2 bis 5 gesichert sind, 3. B. Darleben gegen einfachen Sandicein ohne weitere Sicherheit, gelten als ungesichert im Sinne bes § 7 Abl. 2 Nr. 7 Buchst. b. Sie mussen jederzeit fristlos fündbar feinus De rodesplat dring V & Minice III

Artifel II

Die Verordnung zur Durchführung des Vermögensteuergesetes vom 27. April 1935 (G. Bl. S. 625) wird wie folgt geändert:

I. Die überschrift zu § 1 erhält folgenden Wortlaut:

"Zu § 3 Abs. 1 Ziff. 4 bis 6 des Gesetzes

Sparkassen, Rörperschaften, die firchlichen, gemeinnützigen ober milbtätigen Zweden bienen, Pensionskassen Rassen."

II. § 1 erhält folgenden Wortlaut:

"Die §§ 7 bis 14 ber Verordnung jur Durchführung des Körperschaftssteuergesetes vom 25. März 1935 (G. Bl. S. 483) in ber Fassung ber Berordnung vom 15. August 1936 finden für die Bermögensteuerveranlagung entsprechende Anwendung."

Artitel III

Diese Berordnung tritt mit dem Tage der Berkündung und der Makgabe in Kraft, daß sie erst= malig Anwendung findet nor omidigest suis officendialed strameted said to

- a) auf die Beranlagung zur Körperschaftssteuer für das Kalendersahr 1935 (Wirtschaftssiahr arun 1934/35), madaire sempranuntsist menuellan slights helend habe sed mistraitt ier
 - b) auf die Hauptveranlagung zur Bermögensteuer nach dem Stande vom 31. Dezember 1935.

Danzig, den 15. August 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

F. Fz. S. 61% Sdh. 1 Greifer Dr. Soppenrath

141mil sad risigiamagmunde sid Biekanut machung, sinisag sad dubijak sadas

über den Geltungsbereich des Erften Abtommens gur Bereinheitlichung bes Luftprivatrechts usstalinger siet ind sie usalud (Ratifikation burd) Angarn). Officialist in the contract of th Vom 17. August 1936.

Bu dem am 12. Offober 1929 in Warschau unterzeichneten Abkommen zur Bereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr nebst Zusapprotokoll vom gleichen Tage (G. Bl. 1935 S. 811) ift am 29. Mai 1936 die Anmelbung des Beitritts Ungarns erfolgt. Gemäß seinem Artikel 38 Abs. 3 tritt das Abkommen für Ungarn mit dem 27. August 1936 in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. November 1935 g) von Raufmannsworen, insbelondere des mittleren und Kleingewerbeitand (38.18.3).

Danzig, den 17. August 1936.

Der Senat der Freien Stadt Dangiglieden geiliem

Greifer Paul Bater Hangn Hadalina (4)

A III L 60 07 WVIII/36:10 1960 pinneffe et anniffed finn meine toebliche nogen medelra C

142in notion dun finite folione ma Berox buin nasmande Conincianam nediscu indonesti Bur Anderung der Poftorbning: dilim rada nagrid sendludifidie

Bom 18. August 1936. 4 . 38 . 1999 11949 116 (8)

Auf Grund der Artifel 39 und 116 der Verfassung der Freien Stadt Danzig und des § 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetztl. S. 347) wird die Postordnung der Freien Stadt Danzig vom 1. November 1933 (G. Bl. S. 535) wie folgt geändert:

Artifel I

- 1. Im § 1 "Allgemeines; Söchstgewicht usw.", Abs. I, unter 1 b ist bei "Bostwurfsendungen" hinter "Drudsachen und Warenproben" statt "- bis 50 g (§ 9)", zu seten: - bis 100 g (§ 9),
- 2. Im § 2 "Außenseite", Abs. I, ist der 3. bis 6. Sat wie folgt zu ersetzen:

Auf der Außenseite der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briessendungen sind weitere Ansgaben sowie Abbildungen zulässig. Die Angaben und Abbildungen dürsen in keiner Weise die Deutlichkeit der Aufschrift sowie die Andringung der Stempelabdrücke und der postdienstlichen Bermerke beeinträchtigen und müssen auf die Rückseite und das linke Drittel der Aufschriftseite der Briesumschläge usw. beschränkt bleiben. Zu ihnen dürsen auch aufgeklebte Zettel benutzt werden. Die Zettel müssen der ganzen Fläche nach haltbar aufgeklebt und so beschaffen sein, daß sie mit postdienstlichen Klebezetteln nicht verwechselt werden können. Auf Wertbriese und Postanweisungen dürsen andre als postdienstliche Klebezettel nicht aufgeklebt werden.

- 3. Im § 9 "Postwurfsendungen", Abs. I, erhält der letzte Satz folgende Fassung: Das Gewicht einer Drucksache darf 50 g, das einer Mischsendung 100 g nicht übersteigen.
- 4. In demselben § (9) erhält Abs. VI folgende Fassung:

VI Ausgeschlossen von der Verteilung sind Sendungen politischer oder religiöser Art. Die Post kann auch die Verteilung von Postwurssendungen ablehnen, wenn dadurch Störungen durch Postbetriebs eintreten oder zu erwarten sind. Solche Postwurssendungen werden dem Absender zurückgegeben; die erhobenen Gebühren werden ganz oder anteilmäßig erstattet.

5. Im § 12 "Mischsendungen" erhält der Abs. I folgende Fassung:

I Als Mischsendungen dürfen Drucksachen, Blindenschriftsendungen, Geschäftspapiere und Warenproben zusammengepackt versandt werden. Das Gesamtgewicht darf jedoch 500 g nicht überschreiten.

6. Im § 20 ., Postaufträge" erhält der Abs. XI folgende Fassung:

XI Bei Postaufträgen zur Gelbeinziehung wird auf Verlangen eine siebentägige Frist gewährt, die vom Tage nach der ersten Vorzeigung oder nach dem ersten Vorzeigeversuch an rechnet.

Bei Postaufträgen zur Annahmeeinholung kann der Bezogene verlangen, daß ihm der Wechsel an dem auf die erste Vorlegung folgenden Werktag nochmals vorgelegt wird.

Die Einlösungs- oder Annahmefrist wird nicht gewährt, wenn auf der Postauftragskarte "Sofort zurück", "Sofort zum Protest" oder "Sofort an N in N" (V) vermerkt ist. Mit der Aushändigung des Postauftrags und seiner Anlagen an einen Gerichtsvollzieher, Notar usw. oder an den zweiten Empfänger ist die Aufgabe der Post erfüllt.

Bei Postprotestaufträgen werden die durch das Wechselgesetz vom 9. März 1934 und durch das Scheckgesetz vom selben Tage vorgesehenen Fristen gewährt. Der Auftraggeber kann die Fristen abkürzen; er hat in diesem Fall auf der Auftragskarte "Ohne Protestfrist" zu vermerken.

XI a Teilzahlungen werden bei Postaufträgen zur Gelbeinziehung nicht angenommen.

Als Zahlungsverweigerung gilt in jedem Fall nur die Erklärung der Person, die zahlen soll, oder die ihres Bevollmächtigten.

Die Annahme eines Wechsels gilt als verweigert, wenn die Annahmeerklätung auf einen Teil der Wechselsumme beschränkt wird oder wenn sie eine andere Beschränkung enthält.

Die Post prüft nicht, ob der Wechselannehmer seiner Annahmeerklärung den Tag der Annahme oder der Vorlegung hinzusügen muß oder hinzugefügt hat.

- 7. In demselben § (20) Abs. XVII werden die Gate 2 und 3 gestrichen.
- 8. Im § 42 "Postlagernde Sendungen", Abs. VI, erhält der letzte Satz folgenden Wortlaut:

 Sie gelten im ganzen Gebiet der Freien Stadt Danzig und berechtigen zum Empfang gewöhnslicher Briefsendungen, die die Aufschrift "Postlagerkarte" sowie die in der Karte angegebene Nummer und den Namen der ausstellenden Postanstalt tragen.
- 9. Im § 51 "Zahlung der Gebühren", Abs. I, erhält der 2. Sat folgende Fassung: Die Sendungen können außer durch Freimarken auch durch Freistempel freigemacht werden, die amtlich zugelassen sind und nach den von der Bost festgesetzten Bestimmungen benutzt werden.
- 10. In der Anlage zur Postordnung (übersicht der Postgebühren) ist bei Nr. 5 "Postwurfsendungen" unter b) in neuer Zeile nachzutragen:

Nur der Außenleite der gewöhnlichen II latit Driebenen Brieflendungen find, weitere An-

Diese Berordnung tritt am 1. September 1936 in Kraft.

Danzig, den 18. August 1936.

damed letter stollen Der Senat der Freien Stadt Danzig andichmistelle von

F. Fz. P. Hodist el dan idstratus Greiser & Rettelsky of nation latte sid nation 13. 3) daß fie mit wolfdenifiiden Richeseftelingnen verwechlet, werden fannen. Auf Wertbriefe amb

de l'anocteur idelfentue iden le le Berord n'un go esdag, petres negunitelles

jur Bereinfachung und Beichleunigung ber Rentenfeststellung, bes Seilverfahrens und ber Beitreibung von Beitragsrudftanden nach ber Reichsversicherungsordnung und bem Angestelltenversicherungsgeset. Bom 20. August 1936.

Auf Grund des § 1 Biffer 40 in Berbindung mit § 2 des Gesetzes gur Behebung der Not von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesekeskraft verordnet:

Abbrender, gurudgegebeng, die berhodenen I fertigen geng geng oder anteiluofig erlichtet.

5. Im S 12 "Wildelendingent exhall der gnurchilverlichen U einen von eine den eine

I Als Mildhendungen burfen Drudfact ? Blindenlariftiendungen, Geschäftspapiere und

Der § 1590 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Der Bescheid muß den Bermerk enthalten, daß er rechtskräftig wird, wenn der Berechtigte nicht binnen einem Monat nach Zustellung bes Bescheibes die Berufung bei dem Oberversicherungsamt einlegt. Für Seeleute, die sich außerhalb Europas aufhalten, gilt § 128 Abs. 2 entsprechend.

Die §§ 1591 bis 1607 der Reichsversicherungsordnung werden aufgehoben.

Sinter § 1590 wird folgender neuer § 1591 eingefügt:

Die Einlölungs- oder Annahmefrif 1651 gibt gewährt, wenn auf der Maffanglichgelorie

Dem Berechtigten sind auf Antrag Abschriften der Niederschriften über die Bernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie der ärztlichen Gutachten zu erteilen; die Kosten hat, der Antragsteller vorher ju gablen. Sämtliche Abschriften sind nur zu erteilen, soweit dies mit Rudsicht auf den Berechtigten zulässig erscheint. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt. Indessu lieftige union eine geste bedes mod deleghede and drug bie Fristen absurzen; er hat in vielem Falk gut bei Auftragsfarte

Im § 1608 der Reichsversicherungsordnung werden die Worte "der Einspruch und" sowie die Worte "Einspruch ober" gestrichen.

and Tun How \$ 4

Der § 1675 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Gegen Bescheide der Träger ber Unfall- ober ber Invalidenversicherung sowie gegen Urteile des Bersicherungsamts ist das Rechtsmittel der Berufung an das Oberversicherungsamt (Spruchkammer) zulässig.

Annahme ober der Borlegung bingen II lettur bingengefigt hat.

7. In demlelben & (20) Alb. XVII merbegnurschiftsvnedilaung aufrichen

3. Im § 42 "Wostlagernde Genbungen", Abs. VI, Ereit ber lette Cat folgenbem Martlanten

Der § 1518 der Reichsversicherungsordnung erhält folgenden neuen Absat 3:

Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann sich die Rrankenkasse unter Fortfall des Er= sahanspruchs auf Rrankengeld (Abs. 2) mit einem mit der Bersicherungsanstalt besonders zu vereinbarenden Beitrage an dem Seilverfahren beteiligen.

Die Bendungen fonnen aufger burd Freit ? gen auch burd Freistempel freigenacht werben.

§ 1617 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Auf Antrag des Berechtigten ist das Gutachten eines von ihm benannten Arztes einzuholen, wenn das Gutachten nach Ansicht des Vorsitzenden des Versicherungsamts für die Entscheidung von Bedeutung sein kann; die Rosten hat der Berechtigte vorher zu gahlen. Lassen sich diese Rosten im voraus nicht bestimmen, so fann der Borsikende des Bersicherungsamts einen Pauschbetrag als Sicherheitsleiftung für diese Rosten erfordern. Lehnt der von dem Vorsitzenden des Versicherungsamts um sein Gutachten ersuchte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab. so entscheibet ber Borsikende des Bersiecherungsamts, ob und von welchem anderen Arzt ein Gutachten einzuholen ist. Der Borsichende des Versicherungsamts entschiedet, wieweit bem neuen Gutachter die vorhandenen ärztlichen Gutachten mitzuteilen sind; Einsicht in die übrigen Borverhandlungen muß ihm auf Berlangen gewährt werden. Wird auf Grund des Gutachtens eine Rente gewährt, so find dem Berechtigten die Rosten zu erstatten, soweit es angemessen ist. Bei Streit über die Erstattung entscheidet auf Beschwerde das Oberversicherungsamt.

§ 3

Die §§ 1618 bis 1622, 1624 und 1632 der Reichsversicherungsordnung werden aufgehoben.

Der & 226 bes Angestelltenverlicherungsgeschies erhält folgende Kaltingt Der § 1623 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Der Vorsitzende des Versicherungsamts erstattet ein Gutachten in der Sache. Das Gutachten hat sich über alles auszusprechen, was nach seiner Ansicht für die Entschließung des Bersicherungsträgers von Bedeutung ist.

Rann wegen Berbrechens oder porsählichen Vergehens (§ 1261) oder wegen Widerset= lichkeit (§§ 1295, 1313) der Anspruch gang oder teilweise versagt oder entzogen werden, so hat sich das Gutachten auch darüber auszusprechen, wieweit von dieser Befugnis Gebrauch zu machen ist.

Der § 1626 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Die §§ 1617, 1623, 1625 gelten entsprechend, wenn eine Invaliden= oder Hinter= bliebenenrente entzogen oder eine Rente eingestellt werden soll.

Für die Zuständigkeit des Versicherungsamts gelten die §§ 1637 bis 1640 ent= Im § 232 Abl. 2 des Angekolkeverkiderungsgelebes wird-Sob a gehrid. dnehergi 2 erhalt

Im § 1628 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung wird der Hinweis "§§ 1617 bis 1627" ersett durch den Hinweis "§§ 1617, 1623, 1625 bis 1627".

zu erfeilen; die Roften bat er vorher 37 giblen.

Im § 1631 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung wird Satz 1 gestrichen. Satz 2 erhält folgende Fassung:

Wird der Anspruch abgelehnt, so sind dem Berechtigten auf Antrag Abschriften der Niederschriften über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie der ärztlichen Gutachten zu erteilen; die Kosten hat der Antragsteller vorher zu zahlen.

Im § 1633 der Reichsversicherungsordnung wird der Hinweis "§§ 1630 bis 1632" ersett durch den Hinweis "§§ 1630, 1631". Annacollisansillalignik est amazintenik ing pundagas & siC

jum Angestelltenverficherungsgesetz von 9. Novem**e. §** 1923 (G. Bk. S. 1253 ff.) wird wie folgt ge-

Die Raiserliche Berordnung über Geschäftsgang und Verfahren ber Versicherungsämter vom 24. Dezember 1911 (Reichsgesethl. S. 1107) wird wie folgt geändert:

- 1. Die §§ 78, 80, 88, 89, 90, 93 bis 95 werden aufgehoben.
- 2. Im § 46 Ziffer 5 werden die Worte "und die Gutachten, die nach §§ 1605, 1623, § 1626 Abs. 1 R.B.D. zu erstatten sind" gestrichen.
- 3. Im § 91 werden die Worte "das gemeinsam von dem Vorsitzenden und den Vertretern abgegeben (§ 1623 RBD.) und in die Niederschrift aufgenommen (§ 46 Abs. 1 Nr. 5 dieser Berordnung) oder das vom Borsigenden allein erstattet worden ist (§ 1624 Abs. 3 RBD.)" gestrichen.
- 4. Im § 92 Abs. 1 werden die Worte "sofern es sich nicht um eine Ginstellung der Renten handelt (§ 1626 Abs. 3 RVD.) tunlichst bald die mündliche Berhandlung zur Abgabe des Gut= achtens anzuberaumen" gestrichen und ersetzt durch die Worte "ein Gutachten abzugeben".

Im § 92 Abs. 2 wird der Hinweis "§ 90" gestrichen volafts mosnismes regörtegnurecht

Artifel III

Angestelltenversicherung

§ 1

In den §§ 205 Abs. 4 und 5, 206 Abs. 1, 207 des Angestelltenversicherungsgesetzes werden die Worte "nach Ansicht des Bersicherungsamts" durch die Worte "nach Ansicht des Vorsigenden des

Berficherungsamts", die Worte "vom Berficherungsamt" durch die Worte "vom Borficenden des Bersicherungsamts", die Worte "das Versicherungsamt" durch die Worte "der Vorsitzende des Verficherungsamts" erseht. netdoord modellen nenednadied eld reichatell nenen med Heasten

in Die übrigen Borverbonblungen unik | 81 auf Berfangen gewährt werben. Bird auf Grund

Im Feststellungsverfahren nach dem sechsten Abschnitt, II, des Angestelltenversicherungsgesetzes findet eine mundliche Berhandlung vor dem Bersicherungsamt nicht mehr statt. Die §§ 208 bis 225, 227 des Angestelltenversicherungsgesehes werden insoweit außer Kraft geseht. § 239 des Angestelltenversicherungsgesetzes bleibt unberührt. Die §§ 1618 bis 1622, 1624 und 1632 Frz Reichsversicherungsordnung werden aufgehaben er un

Der § 226 des Angestelltenversicherungsgesehes erhält folgende Fassung:

Der Vorsitzende des Versicherungsamts erstattet ein Gutachten; das Gutachten hat sich über alles auszusprechen, was nach seiner Ansicht für die Entschließung des Bersicherungs= trägers von Bedeutung ist.

Rann wegen Berbrechens ober vorsätlichen Bergehens (§ 25 ober wegen Widerset; lichkeit (§§ 38, 57) ber Anspruch ganz ober teilweise versagt ober entzogen werden, so hat sich das Gutachten auch darüber auszusprechen, wie weit von dieser Befugnis Gebrauch zu machen ist.

massisanuma § 4

§ 229 des Angestelltenversicherungsgesehes erhält folgende Fassung:

Die §§ 199 bis 207, 226, 228 gelten entsprechend, wenn Ruhegelb ober eine Rente entzogen oder eingestellt werden soll.

But die Buftandigfeit des Berfider gegennts gelten die 88 1637 bis 1640

Im § 232 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesehes wird Sat 1 gestrichen. Sat 2 erhält folgende Fassung:

Wird der Anspruch abgelehnt, so sind dem Berechtigten auf Antrag Abschriften der Niederschriften über Zeugen= und Sachverständigenvernehmungen sowie der arztlichen Gutachten zu erteilen; die Kosten hat er vorher zu zahlen.

Im 3 1631 Abi, 2 ver Reichsversicherungsogena ward Got I geltrichen Cob 2 erhält fol

Der § 233 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird aufgehoben.

Rieberschriften über bie Bernehmung von Beugen und Gachverständigen Towie ber ärztlichen

Im § 234 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird der Hinweis "§§ 231 bis 233" ersett durch ben Hinweis "§§ 231, 232".

In § 1633 der Reichsverficherungsordnung & der Kinweis "S 1630 bis 1632" erfeht durch

Die Berordnung gur Ausführung des Angestelltenversicherungsgesehes und des Einführungsgesehes dum Angestelltenversicherungsgeset vom 9. November 1923 (G. Bl. S. 1253 ff.) wird wie folgt ge=

1. Im § 81 werden die Worte "des Bersicherungsamts" erseht durch die Worte "des Bor-

Abf. 1 R.B.D. zu erstatten find" geftrichen. VI lefift P.

Beitreibung von Beitragsrücktanden

Der § 7 in Ravitel III, Abschmitt 2 ber Berordnung vom 1. März 1932 (G. Bl. G. 123 ff.) über Anderungen der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesehes erhält folgenden Zusat; auf mischangeress amilianter bie die ficklicht (.C.Bie 8 1418 ale 1801 8) thand

Diese Bestellung fann sowohl für einen Bersicherungsträger allein als auch für mehrere Bersicherungsträger gemeinsam ersolgen. Beindles 200 & Brannist aus die S Idle SO & mC

Urtifelov

ilbergangs= und Schlugvoridriften

§ 1

Die beim Intrafttreten dieser Berordnung anhängigen Einsprüche gelten als Berufungen und find an das Oberversicherungsamt abzugeben.

\$ 2

Die beim Inkrafttreten dieser Berordnung anhängigen Rentenfeststellungsversahren der Invalidenund Angestelltenversicherung sind vom Versicherungsamt nach den bisherigen Vorschriften in mündlicher Verhandlung abzuschließen, sofern hierzu bereits Ladungen ergangen sind, andernfalls genügt ein Gutachten des Vorsichenden des Versicherungsamts.

8 3

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Aus- und Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erläht der Senat — Abteilung Sozialversicherung —.

Danzig, den 20. August 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Dr. Wiercinsti=Reiser

S. I. 7. L. 421.

144

Danziger Rechtsbibliothek.

Von dem im Ianuar 1935 erschienenen Band 11 a der Danziger Rechtsbibliothet "Erusen-Lewinsky, Danziger Staats- und Bölkerrecht Band II" ist noch ein größerer Borrat bei der Berkaufsstelle des Geschblattes und Staatsanzeigers zum Preise von 19,50 G je Stück verfügbar. Die Behörden und Dienststellen werden hierauf hingewiesen mit der Bitte, ihren Bedarf baldmöglichst bei der genannten Verkaufsstelle zu decken.

Danzig, den 25. August 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Bräsidialabteilung Z. II

Bezugsgebühren vierteljährlich a) für das Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig Ausgabe A u. B je 3,75 G. b) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil I Ausgabe A u. B je 3,— G, c) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil II 3,75 G. Bestellungen haben bei der zuständigen Postanstalt zu erfolgen. Für Beamte (siehe Staatsanz f. 1922, Nr. 87) Bezugspreis zu a) 2,25 G, zu b) 1,50 G.

end nedrackler E wood, eirolff sid deut 'twose dreschiedt was, eirolft eid 'etrassyngregeneren eige ein Safreschiedt wet, eirolff eid deut deutschiedt wet, eirolft est eilme grysselligen Die beim Infrastireten dieser Verrohung andängigen Ventensesstellungsverschien der Jupolides und Angestelltenversicherung sied vom Versicherungsamt nach den dieberigen Vorsäristen in mundliche Verhandlung abzulchlieben, sofern hierzu bereits Lädungen ergangen sind, andernfalls genügt ein Gute andere best Versicherungsamisser und den verhandliche mit

Diese Berardnung fritt mit dem Tage der Berklindung in Kræfkarsdnu miste sadsigszgnurschiffen. Die Lus- und Durchführungsbestimmungen zu dieber Berardnung erläht der Senat – 2ld-

er & 218 des Angestellienverficerungsgelegen größt folgendr Gallung generalitenverficerungsgelegen größt folgendr Gallung

Der Borfibande, des Bereingsgereites angeleichte August in den des Gebenschaften bat bie ber bei ber bei Gebenschaften Geben der ber bei Geben Geben der Bereingen der ber bei Geben der G

5.1.7.1.421. Greifer Dr. Wiercinsti-Refliebunden nan erwanden der einderlich und der einder einder eine der eine der eine der einder der einder ein ein der ein der

Bon dem im Januar 1935 erichienenen Band II a der Danziger Rechtsbibliothekt, Ernfest Lewinstei, Danziger Stoate- und Völlerrecht Band II" in noch ein größerer Vorrat bei der Bertaufspielle des Gelehblattes und Staatsanzeigers zum Areifag von 19.5%, C. is Stüd verlägder. Die Rehörden und Dienkfiellen werden, bierzauf hingewielen mit der Aftie. ihren Bedarf baldwöglicht der der genännten Verfanfslielle zu vocken.

Bangig, ben 26, August 1936.

on 5 202 201. 2 by Anatolics entry by the trible that believe the 2 ethan

Mirb ber Aniprum abgelebnt, is hat dem Pieterstignen nuf Andrea Alliberten ber Mienerickeifen über Zeugen, und Sachverfführligen verschrunden fowle der achtligen Wetachten mit erteilen; die Rollen bat er porher zu zahlen.

Der 8 239 des Ausestellfendersicherungsgesches wird aufgehaben.

9.7

In § 234 bes Angeleittenverficherungsgesetze wird der Ainweis "LS 231 bis 233" erseut burch den Hinweis "SS 231, 232".

Die Berechnung zur Ausführung der Angeltelltenversicherungspesetz und des Enlabeumpfeseiches um Angeltellienverlicherungsgeleh vom 9. Rovember 1923 (G. BL G. 1253 ff.) wied wie folgt getade de

i. Im g 81 merben die Morte, des Berficherungsamte' eriell dies die Aborte "den Rietlinenden des Berficherungsamte".

2 5 92 with automober.

Metitel IV

Beigned and Britished the state of the state

Der 8 7 der Ramitel. Al. Etrichiem L ver Berochnung wen I. Ander 1202 alle. St. C. 123 ft.) oder Einverungen der Reichsverficheuppsverbirung und des Abgestelltenverficherungsgeberes erhölt felausben diesen

Diele Bekeilung fenn sowiät für einen Benjicherungströger allein als und die nichtere Parlimennastedaer geweinlam erfolgen.

每个社会社为

Bezugsgehöhren vleitelicheilch üblige blad Mehren eine Angele Angele Ungegeht A. u. B. is. 3.75 C. die den Staatsanzelger füt der Kreix Staatsanzelger füt der Grads Vergeben Bei der Grads Danzig Leif U. 3.75 C. Beitellungen baben bei der geklandiger Volfanslatt zu erfalgen. Für Besmir Erebe Staatsanzeitstagen Volfanslatt zu erfalgen. Für Besmir Erebe Staatsanzeitstagen Volfanslatt und der Grads volfanstellungen von der Schaft und der Grads von der Gransparen von de

Charifonnesseschilden betragen für die zweigengentene Seine noge deren Arant 200 (1)